Bund Deutscher Kriminalbeamter

Einkommensrunde 2019: Die Enttäuschung ist groß!

05.03.2019

Arbeitgeber- und Gewerkschaftsvertreter habe sich am Samstagabend in Potsdam nach drei Verhandlungsrunden auf ein Gesamtpaket von prozentualen Gehaltsanhebungen und strukturellen Verbesserungen verständigt:

- **3,2% rückwirkend zum 01.01.2019 mindestens um 100,- Euro**
- **3,2% zum 01.01.2020 mindestens um 90,- Euro**
- **1,4% zum 01.01.2021 mindestens um 50,- Euro**
- **Aufwertung der Einstiegsgehälter in den Entgeltgruppen 2 bis 15 für Neueinsteiger, diese Aufwertung beträgt insgesamt rund 11%**
- **für Azubis und Praktikanten gibt es eine Erhöhung von 50,- Euro für die Jahre 2019 und 2020 und eine Anhebung des Urlaubsanspruches auf 30 Tage**

Die Grundforderungen der Gewerkschaften waren 6% mindestens jedoch 200,- Euro mit einer Laufzeit von einem Jahr (BDK-Forderung 5,4% - nicht verhandelbar), Stufengleicher Aufstieg und Weiterentwicklung der Entgeltordnung.

Das Ergebnis von 7,8%, welches uns jetzt nach drei „harten“ Verhandlungsrunden präsentiert wird, hört sich erst mal gut an. Allerdings nur so lange, bis man anfängt zu rechnen und feststellt, dass mit einer Laufzeit von 33 Monaten (!), bei einer jährlichen Inflationsrate von ca. 2% und aller anderen Abzüge, die ersten beiden Jahre eher einer Nullrunde gleichen und im 3. Jahr sogar ein Minus (!) herauskommt.

Die Jahressonderzahlung nach § 20 TV-L wird für die Jahre 2019-2022 auf dem materiellen Niveau des Jahres 2018 eingefroren.

Positiv dürfte sich allerdings die Aufwertung der Einstiegs-gehälter in den Entgeltgruppen für Neueinsteiger auswirken.

Ebenso ist die Erhöhung der Garantiebeträge von 100,- Euro in den Entgeltgruppen 1 bis 8 und 180,- Euro in den Entgeltgruppen 9 bis 15 als zufriedenstellend anzusehen.

Die hohe Teilnehmerzahl der Kolleginnen und Kollegen, die sich in diesem Jahr – bundesweit auch sehr stark seitens des BDK – an Arbeitskampfmaßnahmen beteiligt hatten und die geführten Gespräche machen deutlich, dass die Bereitschaft für langfristige Aktionen und Streiks vorhanden war, um endlich eine überfällige Einkommenserhöhung zu erzielen, die dann auch tatsächlich im Portemonnaie ankommt.

Die Einkommensentwicklung im Öffentlichen Dienst ist parallel zu den deutlich gestiegenen Arbeitsbelastungen im Vergleich zu zahlreichen anderen Branchen in den letzten Jahren deutlich hinter der durchschnittlichen Einkommensentwicklung zurückgeblieben. Der massive Stellenabbau im Tarifbereich - gerade auch in der Kriminalitätsbekämpfung - hat zu einer enormen Arbeitsverdichtung geführt, die längst nicht mehr nur die Beschäftigten selbst bemerken, sondern längst auch die Bürgerinnen und Bürger, weil der Staat nicht mehr das leisten kann, was er eigentlich müsste.

Unter Berücksichtigung dieser Punkte müssen sich GdP, ver.di und dbb wieder einmal die kritische Frage gefallen lassen, warum sie erneut so schnell eingelenkt und aufgegeben haben.

Als nächsten Schritt fordern wir nun die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifabschlusses auf die Beamten und Versorgungsempfänger aller Länder.

Schlagwörter
Thüringen
diesen Inhalt herunterladen: PDF